

Einführende Bemerkung

Im Anschluss an diese Ausführungen finden Sie den Gesetzentwurf und die Begründung, für welche wir in der ersten Phase des Volksbegehrens mindestens 25.000 Unterschriften sammeln müssen.

Es handelt sich dabei um eine Änderung der Bayerischen Verfassung. Diese wird so modifiziert, dass öffentlicher Rundfunk nur noch in Form des Bürgerrundfunks nach unserem Modell verfassungskonform sein wird. Sämtliche Rundfunkstaatsverträge, auch der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, werden durch diese Verfassungsänderung mit der Bayerischen Verfassung insoweit unvereinbar und können daher nicht mehr angewendet werden. Die bayerische Staatsregierung wird gezwungen sein, den Bayerischen Rundfunk zu einem Bürgerrundfunk nach diesem Modell umzuformen und den Rundfunkbeitrag (GEZ) abzuschaffen.

Diese Idee ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Grundrechte wie die Freiheit der Berichterstattung werden durch diesen Entwurf ganz bewusst gestärkt. Der Vorschlag geht über das Grundgesetz hinaus, indem etwa auch die Berichterstattung über das Internet und den Zugang zu Selbigem schützt. Bayern erhält mit diesem Begehren die fortschrittlichste Medienverfassung in ganz Deutschland.

Konkret bewirkt dieser Entwurf die Abschaffung der Zwangsbeiträge und zielt auf eine grundlegende Reform des öffentlichen Rundfunks ab, wie sie im Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland (S. 48) niedergelegt ist. In Zukunft soll es danach einen Bürgerrundfunk geben. Ein schlankes, auf wertvolle Inhalte fokussiertes und von den Bürgern getragenes Medium, welches sich durch freiwillige Zahlungen finanziert. Der öffentliche Rundfunk soll daher nicht abgeschafft, sondern auf ein sinnvolles Maß, ein hochwertiges Angebot an kulturellen, bildenden und informativen Inhalten, begrenzt werden. Der Rundfunkbeitrag (ehemals Rundfunkgebühr) wird abgeschafft und durch ein Pay-TV-Modell ersetzt. Zugang erhält jeder Bürger, der dies wünscht und bereit ist, dafür zu bezahlen.

Denkbar wäre auch die bloße Abschaffung der Zwangsbeiträge, welche jedoch zu einer vollständigen Finanzierung aus Steuermitteln führen würde. Die Probleme der fehlenden Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wären damit jedoch nicht gelöst. Das Jahresbudget des öffentlichen Rundfunks in Höhe von ca. € 9.600.000.000,00 (9,6 Milliarden)¹ würde sonst aus Steuermitteln gespeist werden. Zum Vergleich: Die Summe ist doppelt so hoch wie der Jahreshaushalt des Saarlandes bzw. fast so hoch wie die jährlichen Kosten der gesamten Justiz in ganz Deutschland (sämtliche Gerichte, Richter, Staatsanwälte etc.).²

Bemerkenswert ist auch, was mit diesem Geld geschieht. So kostet allein die Einziehung des Rundfunkbeitrages durch die GEZ (heute Beitragsservice) schon rund € 200.000.000,00 (200 Millionen) im Jahr.³ Das entspricht den Gesamtkosten für 40 Folgen „Tatort“ und sämtlichen Spartenprogrammen zusammen (Phoenix, tagesschau24, Einsfestival, EinsPlus, ARD-alpha, ZDFinfo, ZDFkultur, ZDFneo).⁴ Gerade die wertvollen Inhalte aus den Bereichen Kultur, Bildung und Information, welche einen öffentlichen Rundfunk rechtfertigen können, machen also nur einen Bruchteil des Gesamtbudgets aus.

Die schlichte Unterhaltung in Form von Fußball, Serien, Spielfilmen oder Quiz-Shows, welche ganz erhebliche Kosten verursachen, werden von den privaten Anbietern ohnehin bereitgestellt. Dieses schlanke Programm könnte nach unserem Entwurf jedenfalls für eine Übergangszeit auch

¹ 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 6

² https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/Querschnitt/BroschuereJustizBlick0100001159004.pdf?__blob=publicationFile, S. 52).

³ 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 323

⁴ 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, S. 329

aus dem Haushalt finanziert werden. Wir teilen jedoch die Einschätzung von Medienökonominnen, wonach an einem solchen Angebot ein großes Interesse besteht und eine finanzielle staatliche Förderung nicht notwendig sein wird.

Ein weiterer Vorteil dieses Entwurfs ist die massive Begrenzung der politischen Einflussnahme. Im Jahr 2014 hat das Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass sich von den 77 Mitgliedern im ZDF-Fernsehrat ganze 76 freiwillig einem SPD- oder Unions-Freundeskreis zuordnen.⁵ Um dieser Gefahr einer Beeinflussung entgegen zu wirken, wollen wir den politischen Einfluss reduzieren und die nichtpolitischen Vertreter in den Rundfunkgremien demokratisch bestimmen lassen.

Zusammenfassend wollen wir mit diesem Begehren ganz bewusst „dicke Bretter bohren“ und einen echten Reformvorschlag für ein zukunftsfähiges Bürgermedium unterbreiten. Den Umstand, dass der Antragstext und die Begründung sehr knapp gehalten und klein geschrieben sind, bitten wir zu entschuldigen. Dies ist aus organisatorischen Gründen sinnvoll.

ANTRAG

auf Zulassung des Volksbegehrens

„Bürgerrundfunk“

An das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Die unterzeichneten Stimmberechtigten beantragen gemäß Art. 63 des
Landeswahlgesetzes, ein Volksbegehren
für folgenden Gesetzentwurf zuzulassen:

Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Bayerischen Verfassung

§ 1

Art. 110 der Verfassung des Freistaates Bayern (BV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.12.1998 (GVBl. S. 991, 992; BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch § 1 ÄndG vom 11.11.2013 (GVBl. 642), wird wie folgt neu gefasst:

(1) ¹Jeder Bewohner Bayerns hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. ²Die Freiheit der Berichterstattung durch Medien wird gewährleistet. ³Medien haben wahrheitsgetreu zu berichten. ⁴Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Die Unterrichtung und die Meinungsbildung aus allgemein zugänglichen Quellen, insbesondere der Rundfunkempfang, der Bezug von Druckerzeugnissen sowie der Zugang zum Internet dürfen nicht beschränkt werden.

(3) ¹Öffentliche Medien werden als Körperschaften des öffentlichen Rechts betrieben, deren Kontrolle den Staatsbürgern obliegt. ²Ihre Aufgabe ist es, das Medienangebot insbesondere durch Inhalte aus den Bereichen Information, Bildung und Kultur zu ergänzen. ³Die Kontrollgremien werden zu einem Drittel mit Vertretern aus der Politik und zu zwei Dritteln mit Vertretern aus der Gesellschaft besetzt. ⁴Die politischen Vertreter setzen sich aus Abgeordneten des bayerischen Landtages zusammen, im Verhältnis der Stärke der dort vertretenen Fraktionen. ⁵Die Vertreter aus der Gesellschaft, welche durch Vereine und Verbände aufgestellt werden, sind in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl durch die Staatsbürger zeitgleich mit dem Landtag zu wählen. ⁶Sie sollen keine Mitglieder politischer Parteien sein und

⁵ BVerfG, Urteil vom 25.03.2014, Az. 1 BvF 1/11, Rn. 120

dürfen für solche nicht in herausgehobener Funktion Verantwortung tragen. ⁷Niemand darf mittelbar oder unmittelbar gegen seinen Willen zur Finanzierung öffentlicher Medien herangezogen werden. ⁸Auf Werbung soll verzichtet werden. ⁹Es gelten die Grundsätze der Subsidiarität, der Neutralität und der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. ¹⁰Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Kommunikationsgeheimnis werden gewährleistet.

§ 2

Die Art. 111, Art. 111a und 112 der BV in der oben genannten Fassung werden gestrichen.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Beschluss durch den Volksentscheid in Kraft.

Begründung:

Dieses Begehren will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Bayern reformieren. Freiheit, Wirtschaftlichkeit und Demokratie sollen dabei durch **drei wesentliche Veränderungen** gestärkt werden:

1. Entscheidungsfreiheit: Mit dieser Reform wird nur noch derjenige für den öffentlichen Rundfunk bezahlen, der das Angebot nutzen will. Es wird auf die tatsächliche Nutzungsmöglichkeit und nicht mehr auf das bloße Innehaben einer Wohnung abgestellt. Konkret werden die Inhalte verschlüsselt und nur diejenigen, welche einen Zugang haben möchten, bezahlen. Jedermann erhält so die freie Wahl. Eine Steuer- bzw. Haushaltsfinanzierung ist als mittelbare Finanzierung gegen den Willen der Bürger grundsätzlich ausgeschlossen. Eine geringfügige staatliche Subventionierung wird nicht angestrebt, insbesondere für eine Übergangszeit ist sie jedoch mit dem Zweck vereinbar. Der öffentliche Rundfunk soll grundsätzlich auf Werbung verzichten. Die Möglichkeit einer punktuellen Werbefinanzierung, z.B. beim Radio, wird dadurch nicht ausgeschlossen.

2. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Subsidiarität: Ohne Gewinnerzielungsabsicht ist der öffentliche Rundfunk darauf ausgelegt, seinen Zuschauern und Zuhörern ein hochwertiges Programm kostendeckend anzubieten. Insbesondere die Sparsamkeit war in den letzten Jahrzehnten nicht selbstverständlich. Ziel ist es, das Angebot der privaten Sender sinnvoll zu ergänzen. Der Schwerpunkt soll auf Information, Kultur und Bildung liegen, Unterhaltung soll nur subsidiär angeboten werden. Gerade bei der Berichterstattung soll der neue Bürgerrundfunk bezüglich journalistischer Qualität und Neutralität Vorbild werden. Durch die Verschlankung sinken die Kosten des Rundfunks, sodass er für jedermann bezahlbar bleibt.

3. Demokratische Rundfunkkontrolle: Die Kontrolle über den öffentlichen Rundfunk üben künftig die Bürger aus. Statt der Politik bestimmt das Volk durch Wahlen, welche Personen oder Verbände die Gesellschaft in den Medienräten vertreten. Das Leitbild ist die Unabhängigkeit des Bürgerrundfunks von der Politik. Die Rolle der gesellschaftlichen Vertreter, aber auch die Unabhängigkeit der einzelnen Journalisten wird gestärkt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird durch diese Reform gerade nicht zu einem Privatfernsehen, sondern bleibt in der Hand der Bürger. Er wird ein moderner Bürgerrundfunk.

Neben der Reform des öffentlichen Rundfunks werden die Kommunikationsfreiheiten in einem Artikel zusammengefasst, modernisiert und gestärkt. Neben dem Zugang zum Internet wird sämtliche Kommunikation durch ein neues Kommunikationsgeheimnis sowie das ausdrücklich festgeschriebene Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt.